

SPD und BBB setzen Planungsantrag zum Hallenbad durch

(Bruchköbel/jgd) – Der Wahlkampf hat nun zumindest ein großes Thema. Mit Blick auf den vor über einem Jahr beschlossenen Hallenbadbau zieht sich jetzt ein klarer Trennstrich durch die Reihen des Stadtparlamentes. SPD und BBB sind dafür. Sie haben am Dienstagabend mit ihrer Mehrheit einen Antrag durchgesetzt, der dem Magistrat der Stadt konkrete Schritte bei der Aufnahme der Planung des neuen Bauwerkes auferlegt. CDU und Grüne wetterten förmlich in unterschiedlicher Tonlage gegen den Antrag und sprachen sich gegen den Bau aus, dabei allerdings hintertürsicher betonend, dass man irgendwann, wenn erst wieder Geld im Säckel sei, den Bau ja dann doch ins Auge fassen könne. – In einem gemeinsamen Antrag hatten SPD und BBB formuliert, dass vom

Magistrat ein Büro zu beauftragen ist, welches die Planung des Bades angehen soll. Ferner wird ein Finanzierungsplan und eine Wirtschaftlichkeitsrechnung verlangt, auch mit Berücksichtigung der möglichen Förderbeträge etwa aus Mitteln des Hallenbad-Programms des Landes Hessen. – Für die SPD begründete deren Fraktionsvorsitzender Perry von Wittich in einer engagierten Rede den Antrag, der unter gemeinsamem Briefkopf von SPD und BBB verfasst worden war. Durch einen Neubau werden die laufenden Unterhaltskosten und der Energieverbrauch gesenkt, so von Wittich. Es werde ein attraktives Bad entstehen, das Besucher anziehe und für Kinder, Vereine, Schul- und Seniorensport gleichermaßen nötig sei. Auch Joachim Rechholz, Sprecher des BBB,

begründete das Votum seiner Partei mit ähnlichen Argumenten, und hob auch hervor, dass der Wohnwert der ganzen Stadt damit zusammenhänge, dass Einrichtungen wie etwa ein städtisches Bad vorhanden sind. – Der erste Stadtrat Ringel (Grüne) hielt zu dem Antrag kritische Distanz. Es sei zwar Konsens unter allen Parteien, dass das Bad neu gebaut werden müsse, behauptete er. Allerdings habe die Konjunkturdelle den finanziellen Spielraum schmaler werden lassen. Der Neubau sei deshalb hintenan zu stellen. Aus der Rede seines Parteikollegen und Fraktionsprechers Harald Wenzel war noch weniger Feuer für das Projekt zu entnehmen. Der propagierte das Prinzip Hoffnung: „Wir werden das Bad erhalten“, so seine Behauptung, und zwar „so wie es ist“. Also, so dürfen

man folgern, als ein nach Standards der 70er Jahre errichtetes Gebäude, das zwar Energie verschleudert, aber immerhin demnächst durch flächenträchtigen Maisanbau und daraus erfolgende Biogaslieferungen beheizt werde – was dann doch wieder nach dem Geschmack eines grünen Parteimannes ist. Wird Biogas eingesetzt, dann gelten die allgegenwärtigen Aufforderungen zum Energiesparen offenbar nicht. Hoffnung auf ein neues Bad, oder auch nur eine Vision dafür, war auch den Worten von Wenzels wegen der städtischen Schulden schon seit Monaten verzagten Kooperationspartners Reiner Keim (CDU) nicht zu entnehmen. Man müsse nun einmal „der Realität ins Auge sehen“, so der CDU-Sprecher, und also auf den Neubau verzichten. Er zog sich dann noch

den Unmut auf den SPD- und BBB-Bänken zu, als er von angeblich in den Bürgerworkshops gefallenen Äußerungen über „10 Euro Eintrittspreis“ zu fabulieren begann. – Kalkulationen dieser Art waren dort allerdings gar nicht vorgenommen worden. Alexander Rabold (BBB) hielt es dann nicht mehr auf dem Sitz, er unterstellte Grünen-Sprecher Harald Wenzel und den Neubau-Gegnern, sie wollten das überalterte Bad wohl so lange notdürftig flicken, bis es schließlich unter Denkmalschutz gestellt werden müsse. Das Bad sei mittlerweile in einem Zustand, in dem es jederzeit ausfallen könne. CDU, FDP und Grüne unterstellte er, diese seien genau in dem Moment in Gegnerschaft zum Neubau verfallen, als sie feststellen mussten, dass sich der BBB dafür ausspricht.